

12./VII. 1919

### Die Schulfrage in Weimar.

Die Schwierigkeiten in Weimar hören nicht auf. Die Frage des Reichswirtschaftsministeriums und der Stellung Wißells ist noch nicht erledigt. Eine gewisse Krisenstimmung wird in der gesamten deutschen Presse betont. Nun kommt dazu noch eine allgemein ebenso wichtige neue Schwierigkeit. Das ist die Schulfrage.

Die Sozialdemokratie steht grundsätzlich auf den Boden der Trennung von Kirche und Schule. Sie will rein weltliche Schulen, in denen der konfessionelle Religionsunterricht keinen Platz hat. Die Erteilung des Religionsunterrichtes ist Sache der Religionsgemeinschaften selbst. Neben der Sozialdemokratie ist aber das Zentrum an der Regierung beteiligt, das, obwohl es in wirtschaftlichen Dingen ein großes Stück Weg mit der Sozialdemokratie gemeinsam geht, in der Schulfrage den entgegengesetzten Standpunkt von ihr einnimmt.

Die Sozialdemokratie muß zur Mehrheitsbildung entweder das Zentrum oder die Demokraten haben. Die Demokraten, die bis zur Friedensentscheidung als dritte Partei in der Regierung saßen, sind ausgeschieden. Zurzeit also müssen Zentrum und Sozialdemokratie gemeinsam handeln, wenn die Regierung für ihre Arbeit eine Mehrheit im Parlament haben soll. Darin liegt der Angelpunkt der Schwierigkeiten in der Behandlung der Schulfrage.

Bei der Behandlung der Grundrechte in der Verfassung ist diese Schwierigkeit nun bis zum Konflikt gediehen. Es war zunächst ein Kompromiß auf der Linie gesucht worden, daß die Konfessionsschule fortbestehen, aber weder Lehrer noch Schüler zur Erteilung oder Entgegennahme des Konfessionsunterrichtes gezwungen werden sollten; nebenher sollten die Privatschulen gestattet bleiben. Man konnte dieses Kompromiß als einen gangbaren Ausweg betrachten — vorausgesetzt, daß die notwendigen Garantien zur Sicherung der ablehnenden Lehrer und Schüler gegeben werden konnten. Aber mit diesen Garantien sieht es einigermaßen unsicher aus; sie gleichzeitig in der Reichsverfassung festzulegen, geht natürlich nicht. Damit ist aber jede Gewähr für die fernere Zukunft unmöglich.

Die Festlegung der Konfessionsschule ohne gleichzeitige Festlegung der erforderlichen Garantien hat namentlich bei der preussischen Regierung lebhafteste Bedenken wachgerufen. Die Unterhandlungen, die daraufhin in Weimar unter Beteiligung des preussischen Kultusministeriums stattfanden, haben eine Klärung der Frage noch nicht gebracht.

Die Sozialdemokratie schlägt nun, um die Arbeitsfähigkeit der Regierung zu erhalten, vor, die Abstimmung über die Grundrechte in der Verfassung vorläufig auszusetzen und den übrigen Teil der Verfassung in zweiter Lesung weiter zu behandeln. Das Zentrum ist jedoch argwöhnisch geworden. Es will sich auf eine Verschleppung dieser ihm naturgemäß stark am Herzen liegenden Frage der konfessionellen Schule nicht einlassen. Infolgedessen ist die Situation in Weimar, die der Mehrheit und die der Regierung, durchaus nicht fest.

Wenn es nicht gelingt, ein Arrangement zu treffen, so ist es nicht ausgeschlossen, ja sogar wahrscheinlich, daß eine neue Mehrheit gebildet wird und ein neues Ministerium kommen muß. In diesem Falle würde mit einem Wiedereintreten der Demokraten in die Regierung gerechnet werden müssen. Damit würde zwar eine Mehrheit kommen, die zwar in der Schulfrage Einigkeit herbeiführen wird, aber die von vornherein Differenzen in wirtschaftlicher Beziehung und wahrscheinlich auch in der Steuerfrage in sich birgt.